



**Brigitte Zypries**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de)

Berlin/Darmstadt, 24. November 2010

## **Zypries: NEIN zu Gewalt an Frauen bleibt aktuell**

Frauenhäuser (leider) immer noch notwendig

Am morgigen Tag gegen Gewalt an Frauen rückt ein Thema wieder einmal in den Mittelpunkt, das uns schon seit mehreren Jahrzehnten begleitet: Gewalt an Frauen ist leider immer noch ein Problem, das sich quer durch alle Schichten zieht. Frauen jeder sozialen Schicht, jeden Alters, jeder Konfession und jeder Herkunft erleben häusliche Gewalt – und sie brauchen die Unterstützung der Gesellschaft. „Das Darmstädter Frauenhaus ist in diesem Jahr nahezu zu 100 Prozent „belegt“. Das zeigt: Angebote dieser Art für betroffene Frauen mit ihren Kindern werden weiter gebraucht.“, so Brigitte Zypries (SPD) zum morgigen Aktionstag. „Mit dem Gewaltschutzgesetz von 2002 und dem Grundsatz „Das Opfer bleibt, der Täter geht“ wurde ein wichtiger Schritt zum Schutz von Frauen getan – ausruhen können wir uns darauf aber nicht! Die Betroffenen benötigen die tatkräftige Unterstützung durch Opferschutzorganisationen und Frauenhäuser, aber auch durch Freunde, Verwandte, Nachbarn und Kollegen.“

1999 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung einen „Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ aufgelegt. Ein Jahr später wurde das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung im Gesetz verankert. 2002 trat schließlich das Gewaltschutzgesetz in Kraft, das erstmals den Frauen gesetzlich umfassende Rechte zum Schutz vor häuslicher Gewalt einräumte.

„Berichte von Opferschutzorganisationen zeigen, dass rund 25% der Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren körperliche oder sexuelle Gewalt durch Beziehungspartner erlebt haben“, so Zypries weiter. „Kürzungen mit dem Rasenmäher à la hessischer Landesregierung sind daher fatal für die betroffenen Frauen. Die Einrichtungen brauchen weiterhin ausreichende finanzielle Unterstützung – dies muss es uns für die Frauen und Kinder wert sein!“

Pressenmitteilung